



# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Wirtschaftsausschuss**

19. Wahlperiode - 33. Sitzung

am Mittwoch, dem 11. September 2019, 10:00 Uhr,  
Firma Dataport AöR, Gewerbe- und Industriegebiet Friedrichsort,  
Falckensteiner Straße 2, 24159 Kiel

**Anwesende Abgeordnete**

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Vorsitzende/r
Andreas Hein (CDU)	
Klaus Jensen (CDU)	
Thomas Hölck (SPD)	
Kerstin Metzner (SPD)	
Özlem Ünsal (SPD)	i. V. von Kai Vogel
Kay Richert (FDP)	
Jörg Nobis (AfD)	i. V. von Volker Schnurrbusch
Flemming Meyer (SSW)	

**Weitere Abgeordnete**

Joschka Knuth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Fehlende Abgeordnete**

Hartmut Hamerich (CDU)  
Lukas Kilian (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>Begrüßung</b>	<b>4</b>
	<ul style="list-style-type: none"><li>• Dr. Andreas Tietze, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses im Schleswig-Holsteinischen Landtag</li><li>• Dr. Johann Bizer, Vorstandsvorsitzender Dataport</li></ul>	
<b>2.</b>	<b>Einführung in die wirtschaftlichen Eckdaten der Stadt Kiel</b>	<b>5</b>
	<ul style="list-style-type: none"><li>• Dr. Ulf Kämpfer, Oberbürgermeister der Stadt Kiel</li><li>• Klaus-Hinrich Vater, Präsident der IHK zu Kiel</li><li>• Constance Prange, Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses der Stadt Kiel</li></ul>	
<b>3.</b>	<b>Folgenutzung/Konversion des Gewerbe- und Industriegebiets Friedrichort</b>	<b>7</b>
	<ul style="list-style-type: none"><li>• Dr. Ulf Kämpfer, Oberbürgermeister</li><li>• Dr. Thilo Rohlf's Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein</li></ul>	
<b>4.</b>	<b>Luftreinhalteplan der Stadt Kiel</b>	<b>10</b>
	<ul style="list-style-type: none"><li>• Dr. Ulf Kämpfer, Oberbürgermeister der Stadt Kiel</li><li>• Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung des Landes Schleswig-Holstein</li></ul>	
<b>5.</b>	<b>Anschlussstelle der A 21</b>	<b>13</b>
	<ul style="list-style-type: none"><li>• Dr. Ulf Kämpfer, Oberbürgermeister der Stadt Kiel</li><li>• Dr. Thilo Rohlf's Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein</li></ul>	
<b>6.</b>	<b>Hafen Kiel - Situation des Kreuzfahrttourismus</b>	<b>15</b>
	<ul style="list-style-type: none"><li>• Dr. Timo Rosenberg, Prokurist SEEHAFEN KIEL GmbH &amp; Co. KG</li><li>• Dr. Thilo Rohlf's Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein</li></ul>	
<b>7.</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>18</b>

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Tietze, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

## **1. Begrüßung**

Dr. Andreas Tietze, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses im  
Schleswig-Holsteinischen Landtag  
Dr. Johann Bizer, Vorstandsvorsitzender Dataport

Herr Dr. Bizer, Vorstandsvorsitzender Dataport, stellt kurz das Unternehmen Dataport, die aktuellen Entwicklungen und den Standort von Dataport in Friedrichsort vor.

Dabei weist er unter anderem auf das ständige Wachstum Dataports als einzigen Mehr-Länder-Dienstleister in Sachen IT vor dem Hintergrund ständig wachsender Herausforderungen für die IT in den Verwaltungen hin. Das führe natürlich auch zu einem Anwachsen des Personalkörpers. Vor diesem Hintergrund habe der Standort von Dataport in Altenholz nicht mehr ausgereicht, deshalb habe man hier im Gewerbe- und Industriegebiet Friedrichsort vor zwei Jahren 2,5 Millionen € in den Ausbau der Altliegenschaften gesteckt und diese für 10 Jahre angemietet. 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien seitdem hier an diesem zweiten Standort von Dataport in Kiel angesiedelt.

## 2. Einführung in die wirtschaftlichen Eckdaten der Stadt Kiel

Dr. Ulf Kämpfer, Oberbürgermeister der Stadt Kiel  
Klaus-Hinrich Vater, Präsident der IHK zu Kiel  
Constance Prange, Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses der  
Stadt Kiel

Herr Dr. Kämpfer, Oberbürgermeister der Stadt Kiel, stellt die wirtschaftlichen Eckdaten der Stadt Kiel vor und weist dabei insbesondere auf die inzwischen positive Entwicklung der Wirtschaftsregion Kiel hin. Nach eher schwierigen Jahren in der Vergangenheit befinde man sich sozusagen in einer Transformation und habe im Bereich der Wirtschaft viele Erfolge zu verzeichnen. Die maritime Wirtschaft und auch die Werften kämen zurück nach Kiel. Außerdem seien neue Branchen hinzugekommen, beispielsweise die IT-Wirtschaft, in der mittlerweile in Kiel mehr Arbeitsplätze zu verzeichnen seien als in den Werften und in der maritimen Wirtschaft zusammen. Neben dem Kieler Hafen, elf oder zwölf neuen Hotelprojekten in Kiel, einer starken Gesundheitswirtschaft und vier Hochschulen werde die Wirtschaftsregion auch durch eine beachtliche Anzahl von Start-up-Unternehmen geprägt. Diese positive Entwicklung spiegle sich in den Arbeitsmarktzahlen wider. So habe sich die Arbeitslosenquote in den letzten Jahren um 7 % auf mittlerweile 8 % reduziert. Mit 173.000 Beschäftigten in der Stadt habe man ein Allzeithoch zu verzeichnen. In den letzten Jahren seien insgesamt 10 Milliarden € von privater oder öffentlicher Hand in die Stadt investiert worden.

Herr Vater, Präsident der IHK zu Kiel, hebt die besondere Rolle der Wirtschaft als Träger des Gemeinwohls hervor. Nur mit dem Geld aus der Wirtschaft könnten Dinge für das Gemeinwohl gestaltet werden. Auch er verweist auf die guten Entwicklungen der Wirtschaft in der Region Kiel. Als Herausforderung für die Zukunft beschreibt er die Frage nach ausreichenden Flächenerschließungen. Sowohl für bereits ansässige Unternehmen, die sich vergrößern wollten, als auch für Unternehmen, die neu in die Kiel-Region kämen, sei dies eine entscheidende Frage. Auch wenn der Wille in der Politik vorhanden sei, diese Probleme anzugehen, wünsche sich die IHK, dass man insbesondere beim Planungsrecht noch schneller werde. Dafür kämpfe sie an allen Fronten, im Bund und auch im Land. Zusätzlich müssten auch die Verkehrswege und die Breitbandversorgung ausgebaut werden. Wenn man sich die Dienstleistungen der Zukunft anschau, werde in Deutschland flächendeckend ein Netz mit 5G benötigt. Es müsse gesetzlich festgeschrieben werden, dass jeder das Recht auf einen freien Internetzugang habe. Abschließend bezeichnet er die Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt Kiel als sehr gut und fruchtbar.

Frau Prange, Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses der Stadt Kiel, bekräftigt, dass das Thema Breitbandausbau und Glasfaser für die Region Kiel von besonderer Bedeutung sei. Der Wirtschaftsausschuss der Stadt Kiel beschäftigt sich deshalb seit Jahren regelmäßig mit diesem Thema. Weitere Themen des Ausschusses seien vor allem das Ziel, eine Attraktivitätssteigerung der Innenstadt zu erreichen, und die Neuausrichtung des Flughafens Kiel, nachdem dieser nach dem Ergebnis der Bürgerbefragung weiter bestehen bleiben solle.

### **3. Folgenutzung/Konversion des Gewerbe- und Industriegebiets Friedrichsort**

Dr. Ulf Kämpfer, Oberbürgermeister  
Dr. Thilo Rohlf's Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr,  
Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein

Herr Dr. Kämpfer stellt kurz die Pläne für die Folgenutzung des Gewerbe- und Industriegebietes Friedrichsort der Stadt Kiel vor. Dabei betont er, dass sowohl mit den Gebäuden als auch dem Gelände hier noch viel passieren müsse. Das Gebiet müsse als Industriegebiet erhalten bleiben, da es eine strategische Bedeutung für die Stadt Kiel als auch für ganz Schleswig-Holstein habe. Die Stadt gehe davon aus, dass die Attraktivierung des Geländes etwa 40 Millionen € kosten werde. Derzeit befinde man sich in Verhandlungen mit dem Eigentümer, um in einer Zusammenarbeit mit Stadt und Land dieses Industriegebiet weiterentwickeln zu können. Auch wenn es in der Stadt Kiel insgesamt mehrere Projekte gebe, bei denen man auf die Unterstützung des Landes baue, habe das Gelände hier in Friedrichsort Priorität. Dieser Ort habe unglaubliches Potenzial, unter anderem habe man als Interessenten für das Gelände die Firma Toshiba gewinnen können. Für die Entwicklung des Geländes als Gewerbegebiet des 21. Jahrhunderts - nachhaltig, mit modernen Arbeitsplätzen und unter Beachtung des Umweltschutzes - benötige man die Unterstützung des Landes.

Herr Pirschel, Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein, bekräftigt, dass es laufende Abstimmungen des Landes mit der Stadt Kiel über die Entwicklung verschiedener Projekte gebe. Die Entwicklung dieses Industriegebietes in Friedrichsort gehöre sicher zu den wichtigsten Projekten im Land. Grundsätzlich sei eine GAW-Förderung im Zusammenhang mit der Erschließung des Geländes möglich.

Herr Vater, Präsident der IHK zu Kiel, stellt ebenfalls die besondere Bedeutung des Kieler Nordens für das Wirtschaftspotenzial in Kiel dar. Dieser habe eine Schienen-, eine Luft- und eine Wasseranbindung sowie einen Autobahnanschluss vor der Tür. Damit handle es sich um eine seltene Perle, die es gelte, weiter auszubauen. Insgesamt dauere der IHK die Entwicklung dieser Potenziale noch zu lang. Das Land werde aus Sicht der IHK nicht nur für die Co-Finanzierung bei den anstehenden Projekten auf diesem Gebiet benötigt, sondern auch dafür, sich über den Bundesrat für eine Beschleunigung des Planungsrechts in Deutschland einzusetzen.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Tietze, weist darauf hin, dass es im Land auch andere große Projekte gebe, die beispielsweise über GAW-Mittel gefördert werden sollten. Deshalb halte er es

für die Entwicklung der Gewerbe- und Industriegebiete im Kieler Norden für besonders wichtig, eine gute Zeitplanung vorzulegen, um die Planungssicherheit zu erhöhen.

Herr Dr. Kämpfer hebt noch einmal die strategische Bedeutung der Kieler Projekte für das gesamte Land hervor. Die Verwaltung der Stadt habe sich keineswegs vorzuwerfen, bei der Erschließung der Gewerbegebiete langsam gewesen zu sein. Auch die Stadt teile den Ärger über die Ausschreibungsvorschriften, die die Verfahren verzögerten. Er weist außerdem darauf hin, dass mittelfristig zusätzlich ein großes Gewerbegebiet im Kieler Süden benötigt werde. An der Stelle müsse es jetzt darum gehen, an ausreichende Flächen heranzukommen.

Im Zusammenhang mit Fragen von Abg. Nobis zum Stand der Ankaufverhandlungen für das Gelände in Friedrichsort führt Herr Dr. Kämpfer aus, derzeit gehe man davon aus, dass man mindestens 40 Millionen € an investiven Mitteln für die Erschließung dieses Gebietes benötigen werde. Die Ankaufverhandlungen liefen extrem konstruktiv. Da alle derzeit geplanten Ansiedlungen, beispielsweise die von Toshiba, auch mit dem alten Eigentümer realisiert werden könnten, gebe es für den Ankauf keinen großen Zeitdruck. Schwerpunkt in den Verhandlungen seien die Themen Altlasten und natürlich das Geld. Ziel sei es, diese noch in diesem Jahr abzuschließen und zum 1. Januar 2020 neuer Eigentümer der Flächen zu werden.

Fragen von Abg. Hölck zum Thema Wohnen und Arbeiten im Zusammenhang mit den Plänen zur Erschließung des Gewerbe- und Industriegebietes Friedrichsort beantwortet Herr Dr. Kämpfer dahingehend, auch aus Sicht der Stadt gehörten die Schaffung neuen Wohnraums und neuer Wirtschaftsflächen natürlich zusammen. Die Planungen für das MFG-5-Gelände sähen ein Mischgebiet mit drei Sektoren vor. Man wolle in diesem Bereich eine Art Kieler Science-City rund um Einrichtungen der CAU schaffen, einen neuen Hochschulstandort mit Wohnen, Freizeit, Wertschöpfung, Ansiedlung von Unternehmen und so weiter. Geplant sei, dass in diesem Gebiet 1.000 bis 2.000 Wohneinheiten entstünden, aber auch Wirtschafts- und Kooperationsflächen, auf denen sich Start-ups und Wissenschaft treffen könnten.

Auf Nachfrage von Abg. Dr. Tietze bestätigt Herr Dr. Kämpfer, dass auch die Themen Green-Tec und Wasserstoff im Zusammenhang mit den geplanten Ansiedlungen eine Rolle spielten. Es gebe viele Player aus diesem Bereich in der Region.

Abg. Meyer fragt, welche Altlasten im Zusammenhang mit der Erschließung des Gewerbe- und Industriegebietes Friedrichsort eine Rolle spielten. Drauf antwortet Herr Dr. Kämpfer, im



Wesentlichen gehe es um Kampfmittel. Dazu kämen Altlasten aus vergangenen Industrieperioden.

#### **4. Luftreinhalteplan der Stadt Kiel**

Dr. Ulf Kämpfer, Oberbürgermeister der Stadt Kiel  
Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung des Landes Schleswig-Holstein

Herr Dr. Kämpfer weist darauf hin, dass der Titel des Tagesordnungspunktes richtigerweise heißen müsste: Luftreinhalteplan „des Landes für die Stadt Kiel“, deshalb schlage er vor, dass zunächst der Staatssekretär mit seinem Bericht beginne.

Herr Goldschmidt, Staatssekretär im Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung des Landes Schleswig-Holstein, berichtet, vor der Sommerpause sei ein Entwurf für einen neuen Luftreinhalteplan für die Stadt Kiel vorgelegt worden. Hintergrund sei die Mitteilung der Stadt Kiel gewesen, dass für ein halbes Jahr aufgrund einer Baustellensituation der Theodor-Heuss-Ring nicht so stark befahren sein werde und außerdem Maßnahmen von der Stadt ergriffen worden seien, um eine verkehrliche Entlastung der Strecke zu erreichen. In dem Plan sei aber auch vorgeschlagen worden, wie ab 2021, wenn die Baustellensituation beendet worden sei, durch andere Maßnahmen sichergestellt werden könne, dass die vorgeschriebenen Grenzwerte eingehalten werden könnten. Derzeit sei man dabei, die im Rahmen einer Anhörung eingeholten Stellungnahmen zu prüfen und entsprechende Auswirkungen in den Luftreinhalteplan einzupflegen. Darüber hinaus müssten noch bestimmte Berechnungen neu aufgestellt werden, unter anderem deshalb, weil das Bundesumweltamt ein neues Emissionshandbuch vorgelegt habe, das bei dem Plan berücksichtigt werden müsse. Erst nach Vorlage dieser Neuberechnungen werde man wissen, ob man mit den geplanten Maßnahmen für das Jahr 2020 bei der Stickstoffemission unter dem zulässigen Wert von  $40 \mu\text{g}/\text{m}^3$  liegen werde. Mit den beiden Vorgängern der Luftreinhaltepläne sei das gelungen, deshalb sei die Landesregierung guter Dinge, dass es auch dieses Mal gelingen werde. Sobald der überarbeitete Entwurf für den neuen Luftreinhalteplan dann vorliege, werde man das Einverständnis der Stadt Kiel einholen.

Herr Dr. Kämpfer ergänzt, die Stadt Kiel befinde sich hier in keiner einfachen Lage, auch wenn bisher keine Verurteilung der Stadt Kiel wegen der Nichteinhaltung - wie beispielsweise in anderen Städten in Deutschland - vorliege. Es gebe gute Chancen, sich auch für die Zukunft auf einen Luftreinhalteplan einigen zu können und damit auch vor Gericht zu bestehen. Die Voraussetzung, dass man sich fachlich ausführlich mit allen möglichen Maßnahmen, auch mit einem Fahrverbot, beschäftige, werde durch die über 100 Seiten langen Ausführungen zu diesem Thema in dem Luftreinhalteplan aus seiner Sicht erfüllt. Man habe sich auch mit dem

sogenannten Spurwechsel für Dieselfahrzeuge beschäftigt. Dies alles sei nicht einfach zu realisieren und müsse auch unter dem Gesichtspunkt der Verhältnismäßigkeit genau betrachtet werden.

Herr Dr. Kämpfer stellt fest, nach den Messungen im letzten Jahr mit  $60 \mu\text{g}/\text{m}^3$  auf dem betroffenen Straßenabschnitt des Theodor-Heuss-Rings habe man in Kiel den höchsten Messwert in ganz Deutschland gehabt. Man hoffe, dass man dieses Jahr unter  $50 \mu\text{g}/\text{m}^3$  liegen werde. Die Stadt Kiel werde alles dafür tun, dieses Ziel zu erreichen. Dazu zähle auch die Initiative zum Jobticket, von dem man sich eine weitere Entlastung des Individualverkehrs mit dem Auto erwarte. Luftfilteranlagen könnten nur als eine Art Notlösung eingesetzt werden.

Herr Dr. Kämpfer fordert die Vertreter des Landes auf, daran mitzuwirken und sich dafür einzusetzen, ab dem 1. August 2020 ein Jobticket in Kiel einzuführen. Davon könnten auch die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes profitieren. Aber dafür müssten zunächst auch entsprechende Haushaltsmittel bereitgestellt werden.

Staatssekretär Goldschmidt weist darauf hin, dass das Wetter für die Ergebnisse bei den Messungen eine größere Rolle spiele. Auch deshalb habe man in diesem Jahr bessere Werte als im vergangenen Jahr zu verzeichnen. Richtig sei, dass zusätzlich zum Luftreinhalteplan, der derzeit in Kraft sei, noch weitere Maßnahmen benötigt würden.

Herr Vater betont, Straßensperrungen führten zu erheblichen Einbußen bei den ansässigen Unternehmen, deshalb unterstütze die IHK alle anderen Maßnahmen, die zur Verbesserung der Luftqualität beitragen könnten. Sie sehe insbesondere aber auch die Wirtschaft, die Automobilindustrie, in der Bringschuld, sich hier mehr einzubringen. Aus Sicht der IHK hätte der Gesetzgeber mehr Druck auf die Automobilindustrie ausüben müssen, um sie dazu zu bewegen, alte Autos nachzurüsten.

Im Zusammenhang mit der Frage von Abg. Dr. Tietze, inwiefern auch das Umstiegspotenzial auf E-Autos von der Stadt bei ihren Plänen berücksichtigt werde, führt Herr Dr. Kämpfer aus, neben den spezifischen Maßnahmen für den Theodor-Heuss-Ring habe die Stadt mit ihrem Green-City-Plan mehr als 40 weitere Maßnahmen ins Auge gefasst, die natürlich auch für die Stickoxid-Entlastung der Stadt eine Rolle spielen werden. Dazu zählten Maßnahmen im Zusammenhang mit der Ausweitung des Park&Ride-Angebotes genauso wie die Umrüstung der Fährflotte der Stadt Kiel auf Hybrid- oder reine E-Technik. Er - so Herr Dr. Kämpfer weiter -

setze sich außerdem dafür ein, dass die Schwentinefähre ab nächstes Jahr kostenlos nutzbar sein werde, um auf dieser Strecke zu testen, welche Auswirkungen so etwas habe. Die Stadt werde außerdem zukünftig alle eigenen Fahrzeuge als E-Fahrzeuge beschaffen.

Staatssekretär Goldschmidt bekräftigt, das eigentliche Thema sei natürlich die Klima- und die Mobilitätswende. Hierzu habe der Verkehr bisher nur wenig beigetragen.

Auf Nachfrage von Abg. Ünsal führt er aus, der Luftreinhalteplan für die Stadt Kiel solle im Oktober vorgelegt werden, wahrscheinlich werde es eher Ende Oktober 2019 werden.

## **5. Anschlussstelle der A 21**

Dr. Ulf Kämpfer, Oberbürgermeister der Stadt Kiel  
Dr. Thilo Rohlf, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr,  
Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein

Herr Dr. Kämpfer führt aus, im Zusammenhang mit der A 21, deren Bau jetzt nach mehreren Jahrzehnten endlich Fahrt dadurch aufgenommen habe, dass sie in den Vordringlichen Bedarf aufgenommen worden sei, interessierten die Stadt Kiel insbesondere zwei Themen. Das eine sei der Anschluss an die Stadt Kiel und in diesem Zusammenhang die Frage: Was passiert mit der B 404? Die sogenannte Südspange biete die besten Möglichkeiten, um den Verkehr abzuleiten, stelle aber gleichzeitig auch den stärksten Eingriff in die Natur dar. Die Planungen für den Kieler Bereich hierzu seien an die DEGES abgegeben worden. Inzwischen sei man hier aus Sicht der Stadt Kiel auf einem guten Weg.

Das zweite wichtige Thema sei der Anschluss des Gewerbegebiets Wellsee an die Autobahn. Die in diesem Zusammenhang gewünschte zweite Anschlussstelle werde vom Bund nicht gezahlt und vom Land auch nicht gefördert. Auch die Stadt Kiel habe keine Möglichkeit, Geld für einen Anschluss bereitzustellen, dessen Wirtschaftlichkeit in einem Gutachten nicht habe nachgewiesen werden können. Man habe sich jetzt darauf verständigt, die Prüfung der Notwendigkeit der Anschlussstelle im Planfeststellungsverfahren abzuwarten.

Herr Vater ergänzt, bei dem Gewerbegebiet Wellsee handle es sich um das größte Gewerbegebiet in Schleswig-Holstein. Er könne nur empfehlen, sich das einmal vor Ort anzuschauen. Das Gutachten, in dem die Wirtschaftlichkeit nicht habe nachgewiesen werden können, messe den durchschnittlichen Verkehr in 24 Stunden. Der Hauptverkehr zu diesem Gewerbegebiet hin und von diesem Gewerbegebiet weg finde allerdings nur in 8 Stunden des Tages statt, insbesondere im Zusammenhang mit dem dort angesiedelten Paket-Zentrum der Post. Darüber hinaus gebe es auch mehrere Logistik-Unternehmen, die in dem Gebiet ihre Niederlassungen hätten. Klar sei bei dem bereits heute bestehenden Verkehrsaufkommen, dass eine Umleitung des Verkehrs über den Wellseedamm nicht funktionieren werde. Die IHK habe jetzt eine Umfrage unter den im Gewerbegebiet ansässigen Unternehmen angestoßen; die Ergebnisse lägen noch nicht vor. Die IHK plädiere dafür, beide Anschlüsse zu realisieren, da diese dringend benötigt würden. Komme es nicht dazu, werde das weitere Ansiedlungen in dem Gewerbegebiet stoppen und gegebenenfalls sogar zu Abwanderungen von bereits dort ansässigen Unternehmen führen.

Herr Vater merkt abschließend an, die für die zweite Anschlussstelle angesetzten 10 Millionen € seien aus seiner Sicht zu hoch angesetzt worden. Die Realisierung müsse auch mit weniger Geld möglich sein.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Tietze bittet darum, den Wirtschaftsausschuss die Ergebnisse der Umfrage der IHK zu gegebener Zeit zuzuleiten.

Herr Dr. Kämpfer betont noch einmal, dass es über die Zielrichtung aus Sicht der Stadt keinen Dissens gebe, denn dieses Gewerbegebiet sei existenziell für die Landeshauptstadt und müsse auch in Zukunft gut erschlossen sein. Solange aber die Notwendigkeit des zweiten Anschlusses nicht über ein Gutachten nachgewiesen werde, seien der Stadt die Hände gebunden.

Herr Pirschel, Wirtschaftsministerium, bestätigt, dass es schwer werde, für diesen zweiten Anschluss zu argumentieren, hier werde man nur mit entsprechenden Fakten weiterkommen. Es handle sich in erster Linie um überörtlichen Verkehr, der das Gewerbegebiet anfare, und der mit einer gewissen Geschwindigkeit auch abgewickelt werden müsse.

## **6. Hafen Kiel - Situation des Kreuzfahrttourismus**

Dr. Timo Rosenberg, Prokurist SEEHAFEN KIEL GmbH & Co. KG  
Dr. Thilo Rohlf's Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr,  
Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein

hierzu: Anlage 1 zu dieser Niederschrift

Herr Dr. Rosenberg, Prokurist der SEEHAFEN KIEL GmbH & Co. KG, entschuldigt zunächst Herrn Dr. Claus, den Geschäftsführer der SEEHAFEN KIEL GmbH & Co. KG, der heute in Hamburg auf der großen Kreuzfahrtmesse Termine habe und deshalb nicht an der Ausschusssitzung teilnehmen könne.

Vor Beginn seiner Ausführungen zum Hafen Kiel bedankt sich Herr Dr. Rosenberg beim Land und der Stadt für ihre Unterstützung im Zusammenhang mit der Landstrom-Etablierung im Kieler Hafen. Ohne die Unterstützung aus allen Fraktionen wäre es nicht möglich gewesen, dieses Thema so voranzubringen.

Im Folgenden stellt er kurz die wirtschaftlichen Eckdaten des Kieler Hafens auf der Grundlage einer PowerPoint-Präsentation (Anlage 1 zu dieser Niederschrift) dar. Die Mitarbeiterentwicklung sei positiv. Bei der verkehrlichen Anbindung des Kieler Hafens sei man in den letzten Jahren ebenfalls gut vorangekommen. Auch für den Kreuzfahrttourismus verzeichne man eine aufsteigende Kurve. Die meisten Anläufe fänden am Ostsee-Kai mit seinen zwei großen Liegeplätzen statt. Darüber hinaus gebe es einen großen Liegeplatz am Ostuferhafen. Im Zusammenhang mit dem Kreuzfahrttourismus sei festzustellen, dass Kiel mit seiner Infrastruktur besonders beim Thema Reisewechsel punkten könne. Die Stadt sei als Start- und Endpunkt für Kreuzfahrten sehr beliebt. Derzeit sei man dabei, ein neues Terminal, den Liegeplatz 28, zu bauen, der nach Ende dieser Saison fertiggestellt werden und zu Beginn der nächsten Kreuzfahrtsaison dann zum Einsatz kommen solle.

Herr Dr. Rosenberg hebt weiter die ökonomischen Effekte des Fähr- und Kreuzfahrttourismus für die Stadt hervor. So gingen zurückhaltende Schätzungen davon aus, dass die Schiffstouristen in Kiel rund 15 Millionen € pro Jahr ausgaben. Ein großer Anteil entfalle dabei allerdings auf die Fährtouristen.

Abschließend stellt Herr Dr. Rosenberg die Nachhaltigkeitsstrategie Blue Port Kiel näher vor. Auch bei dem Thema gebe es eine sehr gute Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt Kiel.

Größtes Thema in diesem Zusammenhang sei derzeit der Landstrom. Man sehe keine Notwendigkeit, die Abnahme von Landstrom verpflichtend einzuführen, sei aber im Gespräch mit den großen Reedereien, um hier nach gemeinsamen Lösungen zu suchen, Landstrom attraktiver zu machen. Die Infrastruktur für Landstrom solle Ende nächsten Sommers fertiggestellt sein. Mit dieser Anlage könne rund 60 % des Energiebedarfs aller Fähr- und Kreuzfahrtschiffe, die Kiel anliefen, abgedeckt werden.

Herr Pirschel ergänzt aus Sicht der Landesregierung, die Strategie Blue Port Kiel sei alternativlos. Hier gebe es noch eine Menge Handlungsbedarf, der allerdings nicht vom Hafen allein in Angriff genommen werden könne. Das Land Schleswig-Holstein werde die Stadt Kiel und den Hafen dabei selbstverständlich unterstützen, insbesondere auch beim Thema Landstrom. In diesem Zusammenhang sei jedoch entscheidend, dass die EEG-Umlage wegfallen beziehungsweise reduziert werde, denn ansonsten seien die großen Reedereien nicht bereit, Landstrom abzunehmen. - Abg. Nobis weist darauf hin, dass der Beschluss des Landtages zum Thema EEG-Umlage nicht einstimmig gewesen sei, denn die AfD spreche sich dagegen aus, die großen Unternehmen von dieser Umlage zu befreien, sodass die Kosten dann im Zweifel vom Steuerzahler übernommen werden müssten.

Er merkt weiter an, aus seiner Sicht wirkten die Hafenanlagen in Kiel nach wie vor eher behelfsmäßig. Es sei gut, wenn jetzt ein neuer Terminal gebaut werde, aber dieser stehe nur an einem Standort von drei Liegeplätzen. Aus seiner Sicht müsse hier noch viel mehr passieren. - Herr Dr. Rosenberg erklärt, der vielleicht etwas behelfsmäßig wirkende Zaun, der das Hafengelände in vielen Bereichen umgebe, werde demnächst komplett verschwinden. Auch die in dieser Saison aufgestellten zusätzlichen Gepäckzelte könnten in Zukunft mit dem neuen Terminal entfallen. Damit werde das gesamte Hafengelände sicher attraktiver und auch übersichtlicher werden. Der sich im Bau befindliche Terminal sei sehr hochwertig und biete die Möglichkeit zu dem Besuch auf einer Besucherplattform - auch außerhalb der An- und Ablegezeiten der Schiffe. Darüber hinaus werde es nur eine kleine Gastronomie in dem Gebäude geben. Man habe bewusst darauf verzichtet, weitere Geschäfte zu integrieren, um hier keine Konkurrenz zur Innenstadt aufzubauen.

Abg. Metzner hebt die positiven Effekte für die einheimische Wirtschaft durch den Fähr- und Kreuzfahrttouristen hervor. Sie habe beobachtet, dass sich einige Restaurants bereits auf diese Touristen eingestellt hätten und sie fest mit einplanten. Deshalb begrüße sie es sehr,



dass kein Kreuzfahrtterminal mit eigener großer Restauration und eigenen Shopping-Angeboten gebaut werde, der dann in Konkurrenz zur heimischen Wirtschaft stehe.

Herr Dr. Kämpfer betont, wenn jemand von der Kaufkraft der Kreuzfahrer profitieren sollte, dann seien das die Kaufleute in der Kieler Innenstadt. Die Reedereien hätten inzwischen begriffen, dass sie die Akzeptanz für den Kreuzfahrttourismus nur hochhalten könnten, wenn sich auch etwas am Umweltverhalten der Reedereien ändere. Ein Aspekt in diesem Zusammenhang sei das Thema Landstrom. Mittlerweile schickten die Reedereien oft ihre modernsten Schiffe nach Kiel. Mit den drei wichtigen Themen Nachhaltigkeit, professioneller Service und unmittelbare Erlebbarkeit der Innenstadt könne der Kieler Hafen bei den Reedereien punkten.

Abg. Nobis spricht den Vorfall der Blockade eines Kreuzfahrtschiffs durch Demonstranten im Juni 2019 im Kieler Hafen an und fragt, ob dieser als Pitch of Security eingestuft worden sei. - Herr Dr. Rosenberg antwortet, er müsse noch einmal nachfragen, ob der Department Manager Port Security (PFSO) des Kieler Hafens diesen entsprechend eingestuft habe. Fest stehe, die Demonstranten seien sehr dicht am Schiff dran gewesen. Einige wenige Demonstranten hätten auch den Baukran des neuen Terminals bestiegen. Das alles sei über das normale Maß einer Demonstration hinausgegangen. Vor dem Hintergrund dieses Vorfalls habe sich der Seehafen in seiner Sicherheitsstruktur neu aufgestellt. Die gute Zusammenarbeit mit der Wasserschutzpolizei sei noch einmal verbessert worden, und der Seehafen Kiel habe seine Ausstattung im Bereich Sicherheitstechnik und -personal verbessert. Darüber hinaus seien die Liegeplätze in den Kieler Häfen seit dem Vorfall zusätzlich geschützt worden. Auch wenn man nie davor gefeit sei, dass es neue Aktionen geben werde, sei man jetzt besser darauf vorbereitet.

## **7. Verschiedenes**

Die Ausschussmitglieder nehmen in Aussicht, im Anschluss an die Haushaltsberatungen am Mittwoch, dem 23. Oktober 2019, eine weitere reguläre Sitzung des Wirtschaftsausschusses durchzuführen.

Frau Prange regt an, dass der Wirtschaftsausschuss bei zukünftigen auswärtigen Sitzungen, mit denen er Regionen im Land besuche, den Zeitpunkt der Sitzung so nach hinten verschiebe, dass es auch ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und -politikern möglich sei, an diesen teilzunehmen.

Herr Vater bittet die Abgeordneten des Wirtschaftsausschusses, sich verstärkt mit dem Thema KI-Strategie der Landesregierung zu befassen. Diese werde von der IHK unterstützt. Es fehle aus Sicht der IHK allerdings die Errichtung eines KI-Instituts als Landesinstitut. Der Norden Deutschlands müsse sich hier noch viel besser aufstellen und habe mit den Themen maritime Wirtschaft und -technologie, Medizintechnik und erneuerbare Energien auch genug Anknüpfungspunkte. Die KI-Technologie sei ein Querschnittsthema, das im Norden Deutschlands noch viel stärker in den Fokus gerückt werden müsse.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Tietze, schließt die Sitzung um 12:20 Uhr.

gez. Dr. Andreas Tietze

Vorsitzender

gez. Dörte Schönelder

Geschäfts- und Protokollführerin